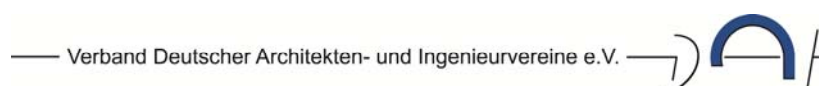


Bund Deutscher Architekten **BDA**



VEREINIGUNG
FÜR STADT-,
REGIONAL- UND
LANDESPLANUNG



Frau Bundesministerin
Dr. Barbara Hendricks MdB
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin

Berlin, 21. Oktober 2015

Flüchtlinge und Wohnungsbau – Unterstützung durch die Architekten- und Planerverbände für ein kostengünstiges, aber qualitätsvolles und nachhaltiges Bauen

Sehr geehrte Bundesministerin Frau Dr. Hendricks,

die wichtigsten deutschen Architekten- und Planerverbände begrüßen, dass für den sozialen Wohnungsbau bis zum Jahr 2019 zusätzlich insgesamt 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. Der gegenwärtige Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen erfordert von der Politik und Gesellschaft schnelle Lösungen. Dabei gilt es, eine nachvollziehbare Abwägung zwischen pragmatischen Lösungen, die der Not der Stunde gehorchen, und der Wahrung wohlbegründeter Standards zu treffen.

Die unterzeichnenden Verbände möchten hier ihre Hilfe und Unterstützung anbieten, denn durch ihr Fachwissen und ihren Erfahrungsschatz können überzeugende Konzepte zur Lösung der anstehenden Bauaufgaben erarbeitet werden. Kurzfristig müssen menschenwürdige Unterkünfte in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden, die voraussichtlich auch für einen längeren Zeitraum genutzt werden.

Ein Dach über dem Kopf ist elementar aber nicht genug. Bund, Länder und Kommunen sollten auch den öffentlichen Raum und insbesondere das Stadtgrün qualifizieren. Die Diskussion sollte nicht nur im Kontext der momentanen Erfordernisse geführt werden, sondern könnte als Bestandteil einer notwendigen Neuausrichtung des sozialen Wohnungsbaus dienen. Durch das bewährte Instrument des Architektenwettbewerbs können Lösungen **für kurz-, mittel- und langfristigen** kostengünstigen und bezahlbaren Wohnraum erarbeitet werden und so von

den Erfahrungen, dem Ideenreichtum und der Leistungsbereitschaft der Architekten und Planer profitiert werden.

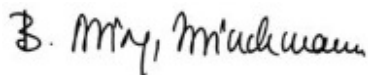
Aus Sicht der unterzeichnenden Verbände tragen folgende Eckpunkte zur aktuellen Diskussion über Wohnungsbau und fehlenden Wohnraum für Flüchtlinge bei:

- Bund und Länder sollten so schnell wie möglich die Voraussetzungen für den Wiedereinstieg in einen kostengünstigen und sozial integrierten Wohnungsbau schaffen. Die Architekten und Planer bringen gerne ihre Qualifikation ein, um Standards zu prüfen, z.B. in den technischen und energetischen Anforderungen, aber auch in Bezug auf reglementierende Vorgaben für Wohnungszuschnitte. Auch kostengünstiger Wohnungsbau muss ergänzend zur Soforthilfe qualitativ und dauerhaft sein, sowie die demografische Entwicklung berücksichtigen und für zukünftige Nutzungsarten offen sein. Kostengünstiges Bauen sollte nicht primär durch öffentliche Zuschüsse ermöglicht werden, sondern eher durch angemessene baurechtliche und planungsrechtliche Anforderungen.
- Die weitere Erhöhung von Anforderungen sollten verschoben werden, die kostenintensive Herstellung überzogener Stellplatzanforderung bedarfsgerecht reduziert, sowie überzogene Anforderungen, die eine Nutzung von Bestandsgebäuden verhindern, korrigiert werden.
- Eine adäquate personelle Ausstattung der Bauverwaltungen ist unabdingbare Voraussetzung für raschen, kostengünstigen Wohnungsbau und zur aktiven Nutzung vorhandener rechtlicher Spielräume, sowie der Schaffung von mehr Flexibilität bei den Nutzungsmöglichkeiten vorhandener Grundstücke und Gebäude
- Grüne Freiräume übernehmen wichtige Funktionen für den sozialen Austausch und Ausgleich vor Ort – dies umso mehr bei beengten Wohnverhältnissen, wie dies bei Flüchtlingen der Fall sein wird. Es gilt, den spezifischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen und Nutzungskonflikten vorzubeugen. Für die Bundesregierung ergeben sich aktuell im Zug der Erstellung des Weißbuchs Stadtgrün bereits Handlungsmöglichkeiten.“

Die Erarbeitung eines tragfähigen und langfristigen Konzepts zur Schaffung neuen Wohnraums ist dringend erforderlich. Zu diesen akuten Fragestellungen können und wollen die Architekten und Planer einen wesentlichen Beitrag leisten.

Die unterzeichnenden Verbände freuen sich auf ein weiterführendes Gespräch. Als Ansprechpartner steht Ihnen der Bundesgeschäftsführer der Bundesarchitektenkammer, Herr Dr. Prinz (Tel. 030 – 263 944 -10, E-Mail: prinz@bak.de) gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Präsidentin Barbara Ettinger-Brinckmann
Bundesarchitektenkammer (BAK)



Präsident Heiner Farwick
Bund Deutscher Architekten (BDA)



Präsident Hans Georg Wagner
Bund Deutscher Baumeister Architekten und Ingenieure (BDB)



Präsidentin Vera Schmitz
Bund Deutscher Innenarchitekten (BDIA)



Präsident Till Rehwaldt
Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA)



Präsident Prof. Christian Baumgart
Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine (DAI)



Vorsitzender Vorstand Johannes Dragomir
Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL)



Präsident Matthias Irscher
Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands (VFA)